

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	V
Einleitung . . . . .	1
§ 1 Einführung in das Thema . . . . .	1
I. Terminologische Abgrenzung des Themas . . . . .	2
II. Der einstweilige Rechtsschutz in der Rechtsprechung und im Schrifttum . . . . .	8
III. Rechtliche Problematik . . . . .	14
IV. Praktische Bedeutung des Themas . . . . .	18
V. Ziel und Gang der Untersuchung . . . . .	29

## Erster Teil

### Allgemeine Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes

§ 2 Verfassungsrechtliche Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	33
I. Reichsverfassung von 1871 . . . . .	34
II. Weimarer Reichsverfassung von 1919 . . . . .	35
III. Grundgesetz von 1949 . . . . .	35
§ 3 Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	51
I. Funktion des Hauptsacherechtsschutzes in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	52
II. Funktionelle Verbindung zwischen Hauptsacherechtsschutz und einstweiligem Rechtsschutz . . . . .	53
III. Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes und Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	54

## Zweiter Teil

### Die Struktur des einstweiligen Rechtsschutzes nach der Zivilprozeßordnung

§ 4 Arten des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	62
I. Arten des Arrestes . . . . .	62
II. Arten der einstweiligen Verfügung . . . . .	63
III. Bedeutung der einzelnen Arrest- und Verfügungsarten im Zivil- und im Arbeitsgerichtsprozeß . . . . .	99

§ 5	Streitgegenstand des einstweiligen Rechtsschutzverfahrens . . . . .	101
I.	Arrest und Sicherungsverfügung . . . . .	102
II.	Befriedigungsverfügung . . . . .	103
III.	Bedeutungslosigkeit eines besonderen Streitgegenstandes . . . . .	104
§ 6	Gesuch . . . . .	106
I.	Einleitung des Verfahrens durch Gesuch . . . . .	106
II.	Inhalt des Gesuchs und zulässige Anordnung . . . . .	107
III.	Rechtsfolgen des Gesuchs . . . . .	111
IV.	Beendigung des Verfahrens durch Rücknahme des Gesuchs . . . . .	118
§ 7	Zulässigkeit des Gesuchs . . . . .	119
I.	Allgemeine Bedeutung der Unterscheidung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit . . . . .	120
II.	Zur rechtlichen Begründung des Prüfungs- und Entscheidungsvorrangs der Zulässigkeit . . . . .	122
III.	Zweck der einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen und deren Bedeutung im einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	127
§ 8	Begründetheit des Gesuchs . . . . .	147
I.	Arrest- oder Verfügungsanspruch . . . . .	147
II.	Arrest- oder Verfügungsgrund . . . . .	159
§ 9	Verfahrensbeschleunigende und gegnerüberraschende Besonderheiten des Eilverfahrens . . . . .	180
I.	Beschleunigungswirksame Zuständigkeitsregelung . . . . .	180
II.	Kurzfristige Terminierung der mündlichen Verhandlung . . . . .	185
III.	Verzicht auf mündliche Verhandlung . . . . .	188
IV.	Schlüssige Darlegung der anspruchsbegründenden Tatsachen durch den Antragsteller . . . . .	204
V.	Intensität der Schlüssigkeitsprüfung durch das Gericht . . . . .	209
VI.	Möglichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	214
VII.	Konzentration auf einen Verhandlungstermin . . . . .	232
VIII.	Entscheidung . . . . .	242
IX.	Überraschungseffekt und Verfahrensbeschleunigung im Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	247
X.	Beschleunigte Vollziehung . . . . .	259
XI.	Auswirkung der sichernden Vollziehung auf die Befriedigungsvollstreckung . . . . .	270
§ 10	Kompensation der verfahrensbeschleunigenden und gegnerüberraschenden Besonderheiten des Eilverfahrens zugunsten des Antragsgegners . . . . .	276
I.	Rechtlicher Ansatz für die Notwendigkeit kompensatorischer Regelungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	276
II.	Kompensationsbedürftigkeit einzelner verfahrensrechtlicher Besonderheiten . . . . .	278
III.	Einzelne Regelungen zur Kompensation der verfahrensrechtlichen Benachteiligung des Antragsgegners . . . . .	288

## Dritter Teil

### Besonderheiten des einstweiligen Rechtsschutzes im arbeitsgerichtlichen Verfahren

§ 11 Charakteristische Abweichungen des Arbeitsgerichtsgesetzes von der Zivilprozeßordnung . . . . .	426
I. Trennung zwischen Urteils- und Beschußverfahren . . . . .	426
II. Allgemeine Abweichungen vom Zivilprozeß . . . . .	427
§ 12 Der einstweilige Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren . . . . .	432
I. Arten des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	432
II. Allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit und die Begründetheit des Gesuchs . . . . .	433
III. Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund in typischen Fallgruppen . . . . .	435
IV. Verfahrensrechtliche Besonderheiten im Eilverfahren . . . . .	477
§ 13 Der einstweilige Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Beschußverfahren . . . . .	499
I. Arten des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	499
II. Allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit und die Begründetheit des Gesuchs . . . . .	512
III. Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund in typischen Fallgruppen . . . . .	517
IV. Verfahrensrechtliche Besonderheiten im Eilverfahren . . . . .	578
<b>Anhang</b>	
Statistisches Material zur Anzahl und Dauer der ordentlichen Verfahren und zur Anzahl der Eilverfahren in der Zivil- und der Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	599
Literatur . . . . .	631
Gesetzesregister . . . . .	651
Sachregister . . . . .	661

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXIII
Einleitung . . . . .	1
§ 1 Einführung in das Thema . . . . .	1
I. Terminologische Abgrenzung des Themas . . . . .	2
1. Rechtsschutz . . . . .	3
2. Einstweiligkeit . . . . .	4
3. Beschränkung auf den Zivil- und den Arbeitsgerichtsprozeß . . . . .	6
II. Der einstweilige Rechtsschutz in der Rechtsprechung und im Schrifttum . . . . .	8
1. Zivilprozeß . . . . .	8
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren . . . . .	11
III. Rechtliche Problematik . . . . .	14
1. Einstweiliger Rechtsschutz nach der Zivilprozeßordnung . . . . .	14
2. Einstweiliger Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Verfahren . . . . .	15
a) Verfahrensrecht im ArbGG und einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	15
b) Sonderstellung des materiellen Arbeitsrechts im Zivilrecht . . . . .	17
IV. Praktische Bedeutung des Themas . . . . .	18
1. Quantitative Bedeutung . . . . .	19
a) Zivilprozeß . . . . .	20
aa) Verfahren vor dem Amtsgerichten . . . . .	20
bb) Erstinstanzliches Verfahren vor den Landgerichten . . . . .	21
b) Arbeitsgerichtliches Verfahren . . . . .	22
c) Würdigung . . . . .	24
2. Qualitative Bedeutung . . . . .	25
a) Die endgültige Wirkung des einstweiligen Rechtsschutzes im Zivilprozeß . . . . .	25
aa) Ursachen für die Endgültigkeit einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	25
(1) Endgültigkeit kraft Parteiverhaltens . . . . .	26
(2) Endgültigkeit kraft Gesetzes . . . . .	30
(3) Faktische Endgültigkeit . . . . .	27
bb) Konsequenzen der endgültigen Wirkung . . . . .	27
b) Weitergehende Bedeutung im arbeitsgerichtlichen Verfahren . . . . .	28
aa) Breitenwirkung kollektivrechtlicher Streitigkeiten . . . . .	28
bb) Sozialpolitische Relevanz arbeitsrechtlicher Streitigkeiten . . . . .	28
cc) Fortentwicklung des Richterrechts durch Instanzgerichte . . . . .	28
dd) Konzentration von Befriedigungsverfügungen . . . . .	29
V. Ziel und Gang der Untersuchung . . . . .	29

## Erster Teil

### Allgemeine Grundlagen des einstweiligen Rechtsschutzes

<b>§ 2</b>	<b>Verfassungsrechtliche Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .</b>	<b>33</b>
	I. Reichsverfassung von 1871 . . . . .	34
	II. Weimarer Reichsverfassung von 1919 . . . . .	35
	III. Grundgesetz von 1949 . . . . .	35
	1. Verfassungsrechtliche Bedeutung des Rechtsschutzes im allgemeinen . . . . .	35
	a) Rechtsstaatsprinzip . . . . .	36
	b) Gewaltenteilungsprinzip . . . . .	36
	c) Rechtsweggarantie . . . . .	37
	d) Anspruch auf rechtliches Gehör nach Art. 103 I GG . . . . .	38
	e) Grundrechte . . . . .	40
	2. Verfassungsrechtliche Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes im besonderen . . . . .	41
	a) Keine ausdrückliche Aussage der Verfassung zum einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	41
	b) Art. 6 I EMRK . . . . .	42
	c) Einstweiliger Rechtsschutz als Bestandteil der allgemeinen Rechtsschutzgarantie . . . . .	43
	aa) Bedeutung der Rechtsweggarantie des Art. 19 IV GG für den einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	43
	(1) Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen . . . . .	43
	(2) Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen . . . . .	44
	bb) Gebot einstweiligen Rechtsschutzes als Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	45
	(1) Dringlichkeitsfälle . . . . .	45
	(2) Vereitelungsfälle . . . . .	48
	d) Konsequenzen aus der verfassungsrechtlichen Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	50
	aa) „Ob“ des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	50
	bb) „Wie“ des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	50
<b>§ 3</b>	<b>Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .</b>	<b>51</b>
	I. Funktion des Hauptsacherechtsschutzes in der Civil- und Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	52
	II. Funktionelle Verbindung zwischen Hauptsacherechtsschutz und einstweiligem Rechtsschutz . . . . .	53
	III. Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes und Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	54
	1. Meinungsstand zur Vorwegnahme der Hauptsache . . . . .	55
	2. Prozessuale oder materielle Rechtsstellung als Objekt der Sicherungsfunktion . . . . .	56
	a) Erhaltung der prozessualen Rechtsstellung im status quo . . . . .	56
	b) Sicherung des materiellen Rechts . . . . .	57
	3. Bedeutung des Verfassungsrechts für die Vorwegnahme der Hauptsache . .	57
	a) Gebot effektiven Rechtsschutzes . . . . .	58
	b) Gebot der Ausgewogenheit des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	58
	aa) Gleichrangige Schutzwürdigkeit der Parteien . . . . .	58

bb) Verstoß gegen das Ausgewogenheitsgebot durch ein Vorwegnahmeverbot . . . . .	59
4. Vorwegnahme der Hauptsache im Einzelfall . . . . .	60

## Zweiter Teil

### Die Struktur des einstweiligen Rechtsschutzes nach der Zivilprozeßordnung

§ 4 Arten des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	62
I. Arten des Arrestes . . . . .	62
II. Arten der einstweiligen Verfügung . . . . .	63
1. Verfügungszweck oder -wirkung als Abgrenzungskriterium . . . . .	64
a) Meinungsstand . . . . .	65
b) Vergleich zwischen Arrest und Sicherungsverfügung . . . . .	65
c) Interessen von Antragsteller und Antragsgegner . . . . .	66
2. Einteilung der Verfügungarten nach der Verfügungswirkung . . . . .	67
a) Sicherungsverfügung . . . . .	67
b) Befriedigungsverfügung . . . . .	68
aa) Erläuterung der Begriffswahl . . . . .	68
bb) Grundsätzliche Zulässigkeit nach der ZPO . . . . .	69
(1) Rechtslage vor Inkrafttreten der ZPO bis zum Norddeutschen Entwurf von 1869 . . . . .	69
(a) Badische Prozeßordnung von 1831 . . . . .	70
(b) ABPO für das Königreich Hannover von 1847 . . . . .	70
(c) BPO für das Königreich Hannover von 1850 . . . . .	70
(d) Badische Prozeßordnung von 1864 . . . . .	70
(e) Bundesstaatenentwurf von 1866 . . . . .	71
(f) Württembergische Prozeßordnung von 1868 . . . . .	71
(g) Bayerische Prozeßordnung von 1869 . . . . .	71
(h) Norddeutscher Entwurf von 1869 . . . . .	71
(2) Entwürfe zur CPO . . . . .	72
(3) Rechtslage nach der heutigen ZPO . . . . .	73
cc) Rechtsgrundlage . . . . .	74
(1) § 935 ZPO und/oder § 940 ZPO . . . . .	74
(2) Richterliche Rechtsfortbildung . . . . .	75
(3) Bedeutung des Meinungsstreites . . . . .	75
(4) Eigener Standpunkt . . . . .	76
c) Sog. Regelungsverfügung . . . . .	76
aa) Abgrenzung nach der Verfügungswirkung . . . . .	77
(1) Begriff der Regelung und Verfügungswirkung . . . . .	77
(2) Regelungswirkung zwischen Sicherungs- und Befriedigungswirkung . . . . .	78
(a) 1. Ansicht: Regelung als zulässige Wirkung einer einheitlichen Verfügungsart . . . . .	78
(aa) Historische Vorbilder einer einheitlichen Verfügungsart . . . . .	78
(bb) Unvereinbarkeit einer einheitlichen Verfügungsart mit der ZPO . . . . .	79
(b) 2. Ansicht: Regelung als abgrenzbare Form der einstweiligen Befriedigung . . . . .	79
(aa) Kritik an der Definition der Einstweiligkeit . . . . .	80

(bb) Einstweiligkeit der Befriedigung und Betroffenheit der Parteien . . . . .	81
(c) 3. Ansicht: Regelung als abgrenzbare Form der unvollständigen Befriedigung . . . . .	81
(aa) Ältere Rechtsprechung und Literatur . . . . .	81
(bb) Jüngere Rechtsprechung . . . . .	81
(cc) Unvollständigkeit der Befriedigung und Betroffenheit der Parteien . . . . .	82
(d) Zusammenfassung: Keine Regelungswirkung zwischen Sicherung und Befriedigung . . . . .	83
bb) Abgrenzung nach dem Objekt der Regelung . . . . .	83
(1) Rechtsverhältnis statt Verfügungsanspruch . . . . .	84
(2) Bedenken gegen das Abgrenzungskriterium . . . . .	84
(3) Bedenken gegen den Verzicht auf einen Verfügungsanspruch . .	85
(4) Verfügungsanspruch in zwei typischen Fällen angeblicher Regelungsverfügungen . . . . .	86
(a) Gemeinschaftliche Benutzung einer Sache . . . . .	87
(b) Richterliche Gestaltung . . . . .	88
(5) Zusammenfassung: Unverzichtbarkeit eines Verfügungsanspruchs	89
d) Bedeutung des § 940 ZPO . . . . .	89
aa) § 940 ZPO als Ergänzung zu § 935 ZPO . . . . .	89
(1) Materialien zur CPO . . . . .	90
(2) Älteres Schrifttum . . . . .	90
(3) Jüngeres Schrifttum . . . . .	91
(4) Rechtsprechung . . . . .	91
bb) Kritik an der Theorie von der Ergänzungsfunktion des § 940 ZPO .	91
cc) § 940 ZPO als Rechtsgrundlage für Befriedigungsverfügungen .	92
(1) Wortlaut des § 940 ZPO . . . . .	92
(a) Regelung . . . . .	93
(b) Zustand . . . . .	93
(c) Einstweiligkeit . . . . .	93
(d) Streitiges Rechtsverhältnis . . . . .	94
(e) Zusammenfassende Würdigung des Wortlauts . . . . .	94
(2) Entstehungsgeschichte des § 940 ZPO . . . . .	95
(3) Unvollständige Befriedigung im Rahmen von Dauerschuldverhältnissen . . . . .	96
(4) Vollständige Befriedigung auch außerhalb von Dauerschuldverhältnissen . . . . .	97
dd) Verhältnis zwischen § 935 ZPO und § 940 ZPO . . . . .	98
III. Bedeutung der einzelnen Arrest- und Verfügungsarten	
im Zivil- und im Arbeitsgerichtsprozeß . . . . .	99
1. Arrestarten . . . . .	99
2. Verfügungsarten . . . . .	101
§ 5 Streitgegenstand des einstweiligen Rechtsschutzverfahrens . . . . .	101
I. Arrest und Sicherungsverfügung . . . . .	102
II. Befriedigungsverfügung . . . . .	103
1. Maßgeblichkeit der tatsächlichen Erfüllungswirkung . . . . .	103
2. Maßgeblichkeit des rechtlich einstweiligen Charakters . . . . .	104
III. Bedeutungslosigkeit eines besonderen Streitgegenstandes . . . . .	104

§ 6 Gesuch . . . . .	106
I. Einleitung des Verfahrens durch Gesuch . . . . .	106
II. Inhalt des Gesuchs und zulässige Anordnung . . . . .	107
1. Entscheidung zwischen Arrest- oder Verfügungsantrag . . . . .	107
2. Bestimmtheit des Arrestantrags . . . . .	108
a) Entscheidung zwischen dinglichem und persönlichem Arrest . . . . .	108
b) Keine Festlegung auf eine konkrete Maßnahme . . . . .	108
3. Bestimmtheit des Verfügungsantrags . . . . .	109
a) Befriedigungsverfügung . . . . .	109
b) Sicherungsverfügung . . . . .	110
III. Rechtsfolgen des Gesuchs . . . . .	111
1. Beginn der Rechtshängigkeit . . . . .	111
2. Wirkungen der Rechtshängigkeit . . . . .	111
a) Wirkungen gegenüber dem Hauptsacheeverfahren . . . . .	112
b) Wirkung gegenüber anderen einstweiligen Verfahren . . . . .	113
aa) Mehrere gleichzeitig anhängig gemachte identische Gesuche . . . . .	113
bb) Mehrere gleichzeitig gestellte verschiedene Eilanträge	
wegen derselben Forderung . . . . .	114
(1) Verschiedene Arrestanträge . . . . .	114
(2) Ein Arrest- und ein Verfügungsantrag . . . . .	115
(a) Arrest und Sicherungsverfügung . . . . .	115
(b) Arrest und Befriedigungsverfügung . . . . .	115
(3) Verschiedene Verfügungsanträge . . . . .	116
(a) Ein Verfahren auf Erlaß einer Befriedigungs- und eines auf Erlaß einer Sicherungsverfügung . . . . .	116
(b) Mehrere Verfahren mit verschiedenen Anträgen auf Erlaß einer Befriedigungsverfügung . . . . .	116
(c) Mehrere Verfahren mit verschiedenen Anträgen auf Erlaß einer Sicherungsverfügung . . . . .	117
cc) Mehrere zeitlich nacheinander anhängig gemachte identische Gesuche . . . . .	118
IV. Beendigung des Verfahrens durch Rücknahme des Gesuchs . . . . .	118
1. Uneingeschränkte Zulässigkeit der Rücknahme auch nach mündlicher Verhandlung . . . . .	118
2. Keine Besonderheit bei Anträgen auf Erlaß von Befriedigungsverfügungen . . . . .	119
§ 7 Zulässigkeit des Gesuchs . . . . .	119
I. Allgemeine Bedeutung der Unterscheidung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit . . . . .	120
1. Angeblicher Prüfungsvorrang der Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	121
2. Angeblicher Entscheidungsvorrang der Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	122
II. Zur rechtlichen Begründung des Prüfungs- und Entscheidungsvorrangs der Zulässigkeit . . . . .	122
1. Gesetzeswortlaut . . . . .	122
a) §§ 282 III, 296 ZPO . . . . .	123
b) §§ 519b, 554a, 574 ZPO . . . . .	123
2. Unterschiedlicher Umfang der Rechtskraft bei Prozeß- und Sachurteilen . . . . .	124
a) Angebliche Unbestimmtheit des Umfangs der Rechtskraft bei Verstoß gegen den Entscheidungsvorrang . . . . .	124

b) Angebliche Benachteiligung der unterlegenen Partei bei Verstoß gegen den Prüfungsvorrang . . . . .	125
<b>III. Zweck der einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen und deren</b>	
Bedeutung im einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	127
1. Ordnungsgemäßes Gesuch . . . . .	127
2. Zuständigkeit . . . . .	128
a) Sachliche Zuständigkeit . . . . .	128
b) Örtliche Zuständigkeit . . . . .	128
3. Rechtsweg . . . . .	130
4. Deutsche Gerichtsbarkeit . . . . .	131
5. Partefähigkeit . . . . .	132
6. Prozeßfähigkeit . . . . .	133
7. Prozeßführungsbefugnis . . . . .	134
8. Postulationsfähigkeit . . . . .	135
9. Entgegenstehende Rechtskraft . . . . .	136
10. Anderweitige Rechtshängigkeit . . . . .	137
11. Einrede des Schiedsvertrags (§ 1027a ZPO) . . . . .	138
12. Einrede der Ausländersicherheit . . . . .	140
13. Einrede der Kostenerstattung des Vorprozesses . . . . .	141
14. Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	142
a) Allgemeine Bedeutung des Rechtsschutzbedürfnisses . . . . .	143
b) Bedeutung des Rechtsschutzbedürfnisses im einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	143
15. Arrest- oder Verfügungsgrund . . . . .	145
a) Meinungsstreit um die rechtliche Einordnung des Arrest-/Verfügungsgrundes . . . . .	145
b) Bedeutungslosigkeit dieses Meinungsstreites . . . . .	147
<b>§ 8 Begründetheit des Gesuchs . . . . .</b>	147
<b>I. Arrest- oder Verfügungsanspruch . . . . .</b>	147
1. Arrestanspruch . . . . .	148
a) Inhalt des Arrestanspruchs . . . . .	148
b) Allgemeine Anforderungen an den Arrestanspruch . . . . .	149
aa) Klagbarkeit des Anspruchs . . . . .	149
(1) Betagte und bedingte Ansprüche . . . . .	150
(2) Künftige Ansprüche . . . . .	150
bb) Vollstreckbarkeit des Anspruchs . . . . .	151
(1) Betagte und bedingte Ansprüche . . . . .	151
(2) Künftige Ansprüche . . . . .	152
2. Verfügungsanspruch . . . . .	153
a) Inhalt des Verfügungsanspruchs . . . . .	153
b) Allgemeine Anforderungen an den Verfügungsanspruch . . . . .	154
aa) Klagbarkeit des Anspruchs . . . . .	154
bb) Vollstreckbarkeit des Anspruchs . . . . .	155
(1) Grundsätzliche Vollstreckbarkeit . . . . .	156
(a) Verzicht auf die Vollstreckbarkeit des Anspruchs . . . . .	156
(b) Bedeutung des Zwecks des einstweiligen Rechtsschutzes für die Vollstreckbarkeit . . . . .	156
(2) Gegenwärtige Vollstreckbarkeit . . . . .	157
(a) Sicherungsverfügung . . . . .	158
(b) Befriedigungsverfügung . . . . .	158

II. Arrest- oder Verfügungsgrund . . . . .	159
1. Arrestgrund . . . . .	159
a) Dinglicher Arrest . . . . .	159
aa) Vollstreckungsvereitelung oder -erschwerung . . . . .	159
bb) Keine Interessenabwägung . . . . .	160
cc) Ausschluß eines Arrestgrundes . . . . .	160
dd) Sonderfälle . . . . .	161
(1) Schlechte Vermögenslage des Antragsgegners . . . . .	161
(2) Drohende Konkurrenz anderer Gläubiger . . . . .	162
(3) Vollstreckung im Ausland . . . . .	163
b) Persönlicher Arrest . . . . .	164
aa) Subsidiarität gegenüber dem dinglichen Arrest . . . . .	164
bb) Vorhandensein von Schuldnervermögen . . . . .	165
cc) Interessenabwägung . . . . .	166
2. Verfügungsgrund . . . . .	166
a) Sicherungsverfügung . . . . .	166
aa) Vereitelung oder Erschwerung einer Rechtsverwirklichung . . . . .	167
bb) Keine Interessenabwägung . . . . .	168
b) Befriedigungsverfügung . . . . .	168
aa) „Notwendigkeit“ einer Anordnung . . . . .	169
(1) Gefahr eines endgültigen Rechtsverlustes . . . . .	169
(2) Notlage des Antragstellers . . . . .	170
(3) Verbote Eigennacht des Antragsgegners . . . . .	172
(4) Ausschluß der „Notwendigkeit“ . . . . .	174
bb) Interessenabwägung . . . . .	175
(1) Interessenlage . . . . .	175
(2) Erforderlichkeit einer Interessenabwägung . . . . .	175
(3) Kriterien für die Interessenabwägung . . . . .	177
(a) Eindeutigkeit der Rechtslage . . . . .	177
(b) Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit der Parteien . . . . .	178
(4) Unentschiedener Ausgang der Interessenabwägung . . . . .	179

§ 9 Verfahrensbeschleunigende und gegnerüberraschende Besonderheiten des Eilverfahrens . . . . .	180
I. Beschleunigungswirksame Zuständigkeitsregelung . . . . .	180
1. Zuständigkeit des Amtsgerichts der belegenen Sache . . . . .	180
a) Arrestverfahren . . . . .	180
b) Verfügungsverfahren . . . . .	181
c) Gründe für die verschiedenen Zuständigkeitsvoraussetzungen . . . . .	182
2. Entscheidung durch den Vorsitzenden . . . . .	183
a) Dringender Fall i.S.v. § 944 ZPO . . . . .	184
b) Abgrenzung der verschiedenen Dringlichkeitsstufen . . . . .	184
II. Kurzfristige Terminierung der mündlichen Verhandlung . . . . .	185
1. Verkürzte gesetzliche Fristen . . . . .	185
a) Beachtliche Fristen im Zivilprozeß . . . . .	185
aa) Schriftliches Vorverfahren . . . . .	185
bb) Früher erster Termin . . . . .	186
b) Beachtliche Fristen im Eilverfahren . . . . .	186
2. Zeitlicher Vorrang des einstweiligen Rechtsschutzes vor anderen Verfahren . . . . .	187
a) Grundsatz des Reihenfolgeprinzips . . . . .	187

b) Abweichung vom Reihenfolgeprinzip bei Kündigungsverfahren . . . . .	187
c) Abweichung vom Reihenfolgeprinzip im Eilverfahren . . . . .	188
III. Verzicht auf mündliche Verhandlung . . . . .	188
1. Zulässigkeit des Verzichts auf mündliche Verhandlung . . . . .	189
a) Rechtliches Gehör ohne mündliche Verhandlung . . . . .	189
b) Einschränkbarkeit des Anspruchs auf rechtliches Gehör . . . . .	190
2. Voraussetzungen der §§ 921 I, 937 II, 942 IV ZPO . . . . .	192
a) Gesetzeswortlaut . . . . .	192
b) Vorstellung des historischen Gesetzgebers . . . . .	193
c) Einheitliche Voraussetzungen im Arrest- und im Verfügungsverfahren . . . . .	194
aa) Identische Dringlichkeitsvoraussetzungen in den §§ 921 I, 937 II ZPO . . . . .	194
bb) Dringlichkeit i.S.d. des § 942 IV ZPO . . . . .	195
cc) Zurückweisung des Gesuchs ohne mündliche Verhandlung . . . . .	196
(1) Bedeutung des § 937 II ZPO für das Arrestverfahren . . . . .	197
(2) Vereinbarkeit des § 937 II ZPO mit dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs . . . . .	197
(a) Meinungsstand zu den Voraussetzungen der Dringlichkeit bei Zurückweisung des Gesuchs . . . . .	198
(b) Maßgeblichkeit der Erfolgsaussichten des Antragstellers . . . . .	199
3. Bedeutung des Antrags auf Verfahren ohne mündliche Verhandlung . . . . .	200
a) Gesuch unter der Bedingung einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung . . . . .	201
b) Bedingte Rücknahme für den Fall einer mündlichen Verhandlung . . . . .	201
c) Pflicht zum richterlichen Hinweis vor Anberaumung einer mündlichen Verhandlung . . . . .	202
IV. Schlüssige Darlegung der anspruchsbegründenden Tatsachen durch den Antragsteller . . . . .	204
1. Bezeichnung oder Begründung des Anspruchs . . . . .	204
a) Entbehrlichkeit einer Begründung im Mahnverfahren . . . . .	204
b) Notwendigkeit einer Begründung im Eilverfahren . . . . .	205
2. Darlegungslast . . . . .	207
a) Anlehnung an die Darlegungslast im Hauptsacheverfahren . . . . .	207
b) Bedeutung der Besonderheiten des Eilverfahrens für die Darlegungslast . . . . .	208
V. Intensität der Schlüssigkeitsprüfung durch das Gericht . . . . .	209
1. Meinungsstand . . . . .	209
a) Vollständige Schlüssigkeitsprüfung . . . . .	209
b) Unterscheidung zwischen sichernden und befriedigenden Anordnungen .	210
c) Eingeschränkte Schlüssigkeitsprüfung . . . . .	210
2. Analyse des Meinungstandes . . . . .	210
3. Gewichtung von Richtigkeit und Schnelligkeit . . . . .	211
a) Rechtliche Einordnung und Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes .	211
b) Vergleich zwischen Eil- und Mahnverfahren . . . . .	212
c) Ausgewogenheit des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	212
d) Unmöglichkeit einer eingeschränkten Schlüssigkeitsprüfung . . . . .	212
e) Abschließende Regelung der Richtigkeitsrisiken . . . . .	213
4. Zusammenfassung zur Intensität der Schlüssigkeitsprüfung . . . . .	213

VI.	Möglichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	214
1.	Bedeutung und verfahrensbeschleunigende Wirkung der Glaubhaftmachung . . . . .	214
a)	Mittel der Glaubhaftmachung . . . . .	214
b)	Herabsetzung des Beweismaßes . . . . .	215
2.	Gegenstand der Glaubhaftmachung . . . . .	216
a)	Tatsachen . . . . .	216
b)	Glaubhaftmachungsbedürftigkeit der Tatsachen . . . . .	216
aa)	Beweisbedürftigkeit im Hauptsacheverfahren . . . . .	217
bb)	Anwendbarkeit dieser Regel im Eilverfahren . . . . .	217
(1)	Offenkundige und vermutete Tatsachen . . . . .	217
(2)	Zugestandene Tatsachen . . . . .	218
(3)	Nicht bestrittene Tatsachen . . . . .	219
(a)	Zweiseitiges Verfahren oder Berücksichtigung einer Schutzschrift . . . . .	219
(b)	Einseitiges Verfahren . . . . .	220
c)	Rechtlicher Gegenstand der Tatsachen . . . . .	220
aa)	Beweisbedürftigkeit von Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	220
bb)	Beweismaß bei den Zulässigkeitsvoraussetzungen . . . . .	222
3.	Zeitpunkt der Glaubhaftmachung . . . . .	223
4.	Würdigung der Glaubhaftmachungsmittel . . . . .	224
a)	Vollbeweis und Glaubhaftmachung . . . . .	224
b)	Eidesstattliche Versicherung einer Partei . . . . .	225
c)	Privatgutachten . . . . .	225
5.	Glaubhaftmachungslast . . . . .	226
a)	Anlehnung an die Beweislast im Hauptsacheverfahren . . . . .	226
b)	Anwendbarkeit dieser Regel im Eilverfahren . . . . .	227
6.	Entbehrlichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	228
a)	Anwendungsbereich des § 921 II 1 ZPO . . . . .	228
b)	Einschränkende Auslegung des § 921 II 1 ZPO . . . . .	229
aa)	Notwendigkeit eines Verzichts auf Glaubhaftmachung . . . . .	229
bb)	Ursache für die fehlende Glaubhaftmachung . . . . .	229
cc)	Notwendiger Grad der richterlichen Überzeugung . . . . .	230
dd)	Unverzichtbarkeit der Glaubhaftmachung beim persönlichen Arrest .	231
c)	Rechtspolitische Wertung des § 921 II 1 ZPO . . . . .	231
VII.	Konzentration auf einen Verhandlungstermin . . . . .	232
1.	Verweisung gem. § 281 ZPO . . . . .	232
2.	Verweisung gem. § 17a II GVG . . . . .	233
3.	Aussetzung des Verfahrens . . . . .	235
a)	Mögliche Aussetzung gem. § 148 ZPO . . . . .	235
b)	Zwingende Aussetzung . . . . .	236
aa)	Aussetzung als solche . . . . .	236
bb)	Berücksichtigung der dem Aussetzungsgesetz zugrundeliegenden Wertung . . . . .	238
c)	Zur Aussetzung bei einer Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsweges . . . . .	239
aa)	Rechtslage im Hauptsacheverfahren . . . . .	239
bb)	Rechtslage im Eilverfahren . . . . .	240
4.	Vertagung gem. § 227 ZPO . . . . .	241
5.	Schriftsatzfrist gem. § 283 ZPO . . . . .	242
VIII.	Entscheidung . . . . .	242
1.	Begründung der Entscheidung . . . . .	243

a) Urteile . . . . .	243
b) Beschlüsse . . . . .	243
aa) Zweck des § 922 I 2 ZPO . . . . .	243
bb) Unterscheidung zwischen zurückweisenden und stattgebenden Beschlüssen . . . . .	244
(1) Zurückweisende Beschlüsse . . . . .	244
(2) Stattgebende Beschlüsse . . . . .	245
2. Zustellung eines Zurückweisungsbeschlusses . . . . .	246
<b>IX. Überraschungseffekt und Verfahrensbeschleunigung</b>	
im Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	247
1. Überraschungseffekt . . . . .	248
2. Verfahrensbeschleunigung . . . . .	249
a) Interessenlage . . . . .	249
b) Einzelne Auswirkungen des Beschleunigungsgrundsatzes . . . . .	250
aa) Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen . . . . .	250
bb) Zuständigkeitsregelung für die Rechtsmittel des Gläubigers . . . . .	251
cc) Terminierung . . . . .	252
dd) Glaubhaftmachung . . . . .	252
ee) Konzentration auf einen Verhandlungstermin . . . . .	253
(1) Verweisung gem. § 281 ZPO . . . . .	253
(2) Aussetzung . . . . .	253
(3) Vertagung gem. § 227 ZPO . . . . .	254
(4) Schriftsatzfrist gem. § 283 ZPO . . . . .	255
(5) Zurückverweisung der Sache an die erste Instanz . . . . .	255
(a) §§ 538, 539 ZPO . . . . .	255
(b) § 575 ZPO . . . . .	256
ff) Entscheidung . . . . .	257
gg) Ausschluß der Revision . . . . .	257
<b>X. Beschleunigte Vollziehung</b> . . . . .	259
1. Entbehrlichkeit einer Vollstreckungsklausel . . . . .	259
a) Allgemeiner Zweck der Vollstreckungsklausel . . . . .	259
b) Bedeutung der Vollstreckungsklausel bei der Vollziehung von Eilanordnungen . . . . .	260
2. Vollziehbarkeit vor Zustellung . . . . .	261
a) Beschleunigungs- und Überraschungseffekt . . . . .	261
b) Nachholung der Zustellung . . . . .	261
3. Beschleunigtes Vollzehungsverfahren . . . . .	263
a) Pfändung, Sicherstellung und Sequestration beweglicher Sachen . . . . .	263
aa) Vollstreckung zur Nachtzeit sowie an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen . . . . .	263
bb) Durchsuchung der Wohnung . . . . .	264
(1) Gefahr im Verzug . . . . .	264
(2) Durchsuchungsanordnung als Bestandteil der Eilanordnung . . . . .	265
(a) Herausgabe- und Räumungsverfügungen . . . . .	265
(b) Anordnung eines dinglichen Arrestes . . . . .	266
b) Verhaftung des Schuldners . . . . .	267
c) Pfändung von Forderungen . . . . .	267
aa) Verbindung von Arrest- und Vollzehungsantrag . . . . .	268
bb) Verbindung von Arrestbeschuß und Pfändungsbeschuß . . . . .	268
cc) Verbindung von Arresturteil und Pfändungsbeschuß . . . . .	269
d) Eintragungen im Grundbuch . . . . .	269

XI. Auswirkung der sichernden Vollziehung auf die Befriedigungsvollstreckung . . . . .	270
1. Wirkung der Arrestvollziehung in bewegliches Vermögen . . . . .	271
a) Verstrickung . . . . .	271
b) Pfändungspfandrecht . . . . .	271
aa) Prioritätsprinzip . . . . .	272
bb) Rechtliche Bewertung des Prioritätsprinzips . . . . .	273
2. Wirkung der Arrestvollziehung in unbewegliches Vermögen . . . . .	273
3. Wirkung der Vollziehung einer Sicherungsverfügung	
bzgl. eines Verschaffungsanspruchs . . . . .	274
a) Unbewegliche Sachen . . . . .	274
b) Bewegliche Sachen . . . . .	274
4. Wirkung der Sicherungsverfügung bzgl. eines Herausgabeanspruchs . . . . .	275
§ 10 Kompensation der verfahrensbeschleunigenden und gegnerüberraschenden Besonderheiten des Eilverfahrens zugunsten des Antragsgegners . . . . .	276
I. Rechtlicher Ansatz für die Notwendigkeit kompensatorischer Regelungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	276
1. Ausgewogenheit des Rechtsschutzes . . . . .	276
2. Prozessuale Waffengleichheit und Fehlentscheidungsrisiko . . . . .	277
II. Kompensationsbedürftigkeit einzelner verfahrensrechtlicher Besonderheiten . . . . .	278
1. Zuständigkeit des Amtsgerichts und Entscheidung durch den Vorsitzenden .	278
2. Kurzfristige Terminierung . . . . .	278
a) Rechtliches Gehör und Erschwerung der schriftsätzlichen Vorbereitung .	279
b) Qualität des rechtlichen Gehörs des „überfallenen“ Antragsgegners .	279
3. Verzicht auf mündliche Verhandlung . . . . .	280
a) Rechtliches Gehör und Fehlentscheidungsrisiko . . . . .	280
b) Keine Kompensation durch Gewährung nachträglichen rechtlichen Gehörs . . . . .	281
4. Möglichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	282
a) Betroffenheit beider Parteien von der bloßen Glaubhaftmachung .	282
b) Erhöhung des Fehlentscheidungsrisikos . . . . .	283
c) Einseitige Belastung des Gegners mit dem Fehlentscheidungsrisiko .	283
5. Konzentration auf einen Verhandlungstermin . . . . .	284
a) Aussetzungsverbot . . . . .	284
b) Vertagungsverbot . . . . .	284
c) Keine Gewährung einer Schriftsatzfrist gem. § 283 ZPO . . . . .	285
6. Besonderheiten bei der Entscheidung . . . . .	285
7. Überraschungs- und Beschleunigungseffekt im Rechtsbehelfsverfahren .	286
8. Beschleunigte Vollziehung . . . . .	287
9. Rangerhaltende Wirkung des Arrestpfandrechts . . . . .	288
10. Zusammenfassung . . . . .	288
III. Einzelne Regelungen zur Kompensation der verfahrensrechtlichen Benachteiligung des Antragsgegners . . . . .	288
1. Ausgleich der Folgen einer Fehlentscheidung . . . . .	288
a) Schadensersatz nach § 945 ZPO . . . . .	289
aa) Notwendigkeit einer kompensatorischen Schadensersatzregelung .	289
bb) Zweck des § 945 ZPO . . . . .	290
cc) § 945 ZPO 1. Fall: Anordnung von Anfang an ungerechtfertigt .	291

(1) Ungerechtfertigte Anordnung . . . . .	291
(a) Fehlender Anordnungsanspruch . . . . .	292
(aa) Nachträglicher Erwerb oder Verlust des Anspruchs . . .	292
(bb) Nachträgliche Berufung auf eine Einrede oder Ausübung eines Gestaltungsrechts . . . . .	292
(cc) Nachträgliche Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Anspruchsgrundlage . . . . .	293
(b) Fehlender Anordnungsgrund . . . . .	294
(aa) Meinungsstand . . . . .	294
(bb) Würdigung des Meinungsstreites . . . . .	295
(cc) Bedeutungslosigkeit des Meinungsstreites . . . . .	297
(c) Fehlende Prozeßvoraussetzung . . . . .	297
(aa) Meinungsstand . . . . .	297
(bb) Parallele zum Fehlen des Anordnungsgrundes . . . . .	298
(d) Fehlende Glaubhaftmachung . . . . .	299
(aa) Meinungsstand . . . . .	299
(bb) Parallele zum Fehlen des Anordnungsgrundes oder einer Prozeßvoraussetzung . . . . .	299
(e) Zusammenfassung zur fehlenden Rechtfertigung . . . . .	300
(2) Ursprünglichkeit der fehlenden Rechtfertigung . . . . .	301
(3) Bindung des Schadensersatzrichters an andere gerichtliche Entscheidungen . . . . .	301
(a) Entscheidung im Hauptsacheverfahren . . . . .	302
(b) Entscheidung im Eilverfahren . . . . .	303
(aa) Differenzierung nach endgültig und vorläufig entschiedenen Merkmalen . . . . .	303
(bb) Ausschluß jeglicher Bindungswirkung . . . . .	304
dd) § 945 ZPO 2. Fall: Aufhebung der angeordneten Maßregel nach § 926 II ZPO . . . . .	306
(1) Bedeutung der materiellen Rechtslage für den Schadensersatzanspruch . . . . .	306
(2) Bedeutung des § 945 ZPO 2. Fall . . . . .	307
ee) § 945 ZPO 3. Fall: Aufhebung der angeordneten Maßregel nach § 942 III ZPO . . . . .	307
(1) Einheitliche Behandlung des 2. und 3. Falles von § 945 ZPO . . . . .	308
(2) Unterschied zwischen dem 2. und 3. Fall des § 945 ZPO . . .	308
ff) Zur Anwendbarkeit des § 945 ZPO bei Versäumung der Vollziehungs- oder Zustellungsfrist . . . . .	309
gg) Rechtsfolge des § 945 ZPO . . . . .	309
(1) Allgemeine Regelungen zur Bestimmung des Ersatzanspruchs .	310
(a) Mitverschulden des Antragsgegners . . . . .	311
(b) Schädigung Dritter . . . . .	312
(2) Vollziehungsschaden . . . . .	313
(a) Grund für die Ausklammerung des Anordnungsschadens . .	313
(b) Abgrenzung zwischen Vollziehungs- und Anordnungsschaden	314
(c) Ersatzfähigkeit von Verfahrenskosten . . . . .	316
(aa) Rechtsgedanke der §§ 91 ff., 600 II, 302 IV 1 ZPO .	316
(bb) Rechtliche Selbständigkeit von Eil- und Hauptsacheverfahren . . . . .	317
(3) Schaden durch Sicherheitsleistung . . . . .	318
(4) Schaden durch freiwillige Erfüllung . . . . .	318

(a) Verhältnis zwischen freiwilliger Erfüllung und Sicherheitsleistung . . . . .	319
(b) Erfüllung „zur Abwendung der Vollziehung“ . . . . .	320
(aa) Beschußverfügung . . . . .	320
(bb) Urteilsverfügung . . . . .	321
(cc) Urteilsverfügung auf Unterlassung . . . . .	322
hh) Entsprechende Anwendung zugunsten des Antragstellers . . . . .	324
ii) Eignung zur Kompensation der Benachteiligung des Gegners . . . . .	325
b) Sicherheitsleistung (§§ 921 II, 936 ZPO) . . . . .	326
aa) Sicherheitsleistung als Ersatz für Glaubhaftmachung (§ 921 II 1 ZPO) . . . . .	327
bb) Sicherheitsleistung trotz Glaubhaftmachung (§ 921 II 2 ZPO) . . . . .	327
(1) Zweck der Sicherheitsleistung . . . . .	327
(a) Sicherung der Durchsetzbarkeit eines Schadensersatzanspruches . . . . .	327
(b) Abschreckung vor leichtfertiger Vollziehung . . . . .	328
(2) Voraussetzungen des § 921 II 2 ZPO . . . . .	329
(a) Bedeutung des Zwecks der Sicherheitsleistung für deren Zulässigkeit . . . . .	329
(b) Sicherheitsleistung bei fehlender Leistungsfähigkeit des Gläubigers . . . . .	329
(c) Reformüberlegungen . . . . .	330
(3) Kompensatorische Bedeutung des § 921 II 2 ZPO . . . . .	330
2. Begrenzung der Folgen einer Fehlentscheidung . . . . .	331
a) Weitgehende Beschränkung auf sichernde Maßnahmen . . . . .	331
b) Lösungssumme nach § 923 ZPO . . . . .	332
aa) Zweck des § 923 ZPO . . . . .	333
bb) Abgrenzung des § 923 ZPO von der Abwendungsbefugnis nach den §§ 711, 712 ZPO . . . . .	333
cc) Bedeutung des Zwecks für die Voraussetzungen einer ausreichenden Sicherheitsleistung . . . . .	334
dd) Kompensationswert des § 923 ZPO . . . . .	335
c) Sicherheitsleistung nach § 939 ZPO . . . . .	335
aa) Ausnahmeharakter des § 939 ZPO . . . . .	336
bb) „Besondere Umstände“ i.S.v. § 939 ZPO . . . . .	336
d) Besondere Rechtsbehelfe des Antragsgegners gegen Eilanordnungen . . . . .	337
aa) Widerspruchsverfahren nach § 924 ZPO . . . . .	338
(1) Bedeutung der Widerspruchsmöglichkeit . . . . .	338
(2) Begrenzte kompensatorische Wirkung des Widerspruchs . . . . .	339
(3) Zuständigkeit im Widerspruchsverfahren . . . . .	340
(a) Zuständigkeit bei Erlaß des Beschlusses durch das erinstanzliche Gericht . . . . .	340
(b) Zuständigkeit bei Erlaß des Beschlusses durch das Beschwerdegericht . . . . .	340
(aa) Begründung für die Zuständigkeit des erinstanzlichen Gerichts . . . . .	341
(bb) Instanzenzug und Verfahrensbeschleunigung . . . . .	342
(4) Gegenstand der Widerspruchentscheidung . . . . .	343
(5) Wirkung des Aufhebungsurteils . . . . .	344
(a) Hemmung der Vollziehbarkeit . . . . .	344
(b) Aufhebung der vollzogenen Maßregeln . . . . .	344
bb) Rechtfertigungsverfahren nach § 942 I ZPO . . . . .	345

(1) Bedeutung des Rechtfertigungsverfahrens . . . . .	346
(2) Zuständigkeit im Rechtfertigungsverfahren . . . . .	346
(3) Wirkung des Aufhebungsurteils . . . . .	348
cc) Fristsetzung zur Klageerhebung nach § 926 I ZPO . . . . .	348
(1) Interesse des Schuldners an einer schnellen Klageerhebung . . . . .	348
(2) Bedeutung des § 926 I ZPO . . . . .	348
(3) Beschleunigung bei der Fristsetzung . . . . .	349
(4) Zuständigkeit für die Fristsetzung . . . . .	350
(5) Rechtsschutzinteresse an der Fristsetzung . . . . .	351
dd) Aufhebungsverfahren nach § 927 ZPO . . . . .	352
(1) Zweck und Bedeutung des § 927 ZPO . . . . .	350
(2) Zuständigkeit im Aufhebungsverfahren nach § 927 ZPO . . . . .	353
(3) Veränderte Umstände . . . . .	354
(4) Verhältnis zwischen Aufhebungs- und Widerspruchsverfahren . . . . .	356
(5) Wirkung des Aufhebungsurteils . . . . .	357
(a) Hemmung der Vollziehbarkeit . . . . .	357
(b) Keine Aufhebung der bereits vollzogenen Maßregeln . . . . .	358
ee) Aufhebungsverfahren gem. § 926 II ZPO . . . . .	358
(1) Bedeutung des § 926 II ZPO . . . . .	359
(2) Zuständigkeit im Aufhebungsverfahren nach § 926 II ZPO . . . . .	359
(3) Zweck von § 926 II ZPO und Rechtsschutzinteresse . . . . .	360
(4) Verhältnis zwischen den Aufhebungsverfahren nach § 926 II und § 927 I ZPO . . . . .	361
(5) Wirkung des Aufhebungsurteils . . . . .	362
ff) Das Aufhebungsverfahren nach § 942 III ZPO . . . . .	362
(1) Bedeutung des § 942 III ZPO . . . . .	362
(2) Beschleunigung im Aufhebungsverfahren . . . . .	362
(3) Verhältnis zwischen den Aufhebungsverfahren nach § 942 III und den §§ 927 I, 926 II ZPO . . . . .	363
(4) Wirkung des Aufhebungsbeschlusses . . . . .	364
e) Vollziehungsfrist . . . . .	364
aa) Bedeutung des § 929 II ZPO . . . . .	364
bb) Beginn der Vollziehungsfrist . . . . .	366
cc) Auswirkung der fehlenden Vollziehungsmöglichkeit auf die Monatsfrist . . . . .	367
dd) Auswirkung der zugunsten des Gläubigers ausgehenden Entscheidung im Rechtsbehelfsverfahren auf die Monatsfrist . . . . .	368
(1) Bestätigung der Eilanordnung im Widerspruchs-, Rechtfertigungs- oder Berufungsverfahren . . . . .	368
(2) Abweisung eines Aufhebungsantrags nach § 927 ZPO . . . . .	369
(3) Erlaß einer Eilanordnung im Berufungsverfahren nach vorheriger Aufhebung im Widerspruchsverfahren . . . . .	370
ee) Einhaltung der Vollziehungsfrist . . . . .	370
(1) Notwendige Vollziehungshandlung im allgemeinen . . . . .	370
(2) Notwendige Vollziehungshandlung bei Unterlassungsverfügungen . . . . .	373
(a) Unterlassungsbeschlüsse . . . . .	373
(b) Unterlassungsurteile . . . . .	374
(3) Vollziehungsfrist bei mehreren Vollstreckungsversuchen . . . . .	376
(a) Vollziehung nach fehlgeschlagener oder unzureichender Vollstreckung . . . . .	377
(b) Vollziehung einer Verfügung auf wiederkehrende Leistungen . . . . .	378

ff) Folgen der Versäumung der Vollziehungsfrist . . . . .	381
(1) Folgen für die Vollziehung . . . . .	381
(a) Unstatthaftigkeit der Vollziehung . . . . .	381
(b) Anfechtbarkeit oder Nichtigkeit einer . . . . .	382
Vollziehung trotz Unstatthaftigkeit . . . . .	383
(2) Folgen für laufende Rechtsbehelfsverfahren	
(a) Versäumung der Vollziehungsfrist und . . . . .	383
Widerspruchentscheidung . . . . .	385
(b) Versäumung der Vollziehungsfrist und Entscheidung nach § 927 ZPO . . . . .	385
(c) Versäumung der Vollziehungsfrist und Berufungsentscheidung . . . . .	385
(3) Folgen für ein neues Gesuch . . . . .	386
(a) Zulässigkeit eines neuen Gesuchs . . . . .	386
(b) Entscheidung über ein neues Gesuch . . . . .	386
(aa) Keine ex-nunc-Bestätigung der ursprünglichen Anordnung . . . . .	387
(bb) Zuständigkeit zum Erlaß einer neuen Eilanordnung .	387
f) Einstweilige Einstellung der Vollziehung . . . . .	389
aa) Bedeutung des § 924 III 2 ZPO . . . . .	390
bb) Kompensatorischer Wert des § 924 III 2 ZPO . . . . .	390
(1) Einstellung der Vollziehung bei der Befriedigungsverfügung .	390
(2) Einstellung der Vollziehung beim Arrest und bei der Sicherungsverfügung . . . . .	391
3. Verhinderung einer Fehlentscheidung . . . . .	392
a) Schutzschrift . . . . .	393
aa) Kompensatorische Bedeutung der Schutzschrift . . . . .	394
bb) Zulässigkeit der Berücksichtigung von Schutzschriften . . . . .	395
(1) Bedingte Prozeßhandlung . . . . .	396
(2) Vereinbarkeit mit den Beschleunigungs- und Überraschungselementen im Eilverfahren . . . . .	396
cc) Pflicht zur Berücksichtigung von Schutzschriften . . . . .	397
(1) Art. 103 I GG und Berücksichtigung von Schutzschriften . .	398
(2) Ausgewogenheit des Rechtsschutzes und Berücksichtigung von Schutzschriften . . . . .	399
dd) Ausnahmen von der notwendigen Berücksichtigung von Schutzschriften . . . . .	400
(1) Fehlende Schlüssigkeit . . . . .	400
(2) Fehlende Dringlichkeit . . . . .	401
ee) Rechte des Antragstellers nach Hinterlegung einer Schutzschrift .	402
(1) Rechte vor Einreichung des Gesuchs . . . . .	402
(a) Kein allgemeines Informationsrecht . . . . .	402
(b) Recht auf Registereinsicht . . . . .	402
(c) Kein Recht auf Akteneinsicht . . . . .	403
(2) Rechte nach Einreichung des Gesuchs . . . . .	404
ff) Belastung mit den Kosten der Schutzschrift . . . . .	405
(1) Zur Anwendung des § 91 ZPO . . . . .	406
(a) Keine kostenrechtliche Bedeutung der Schutzschrift im Regelfall . . . . .	406
(b) Besonderheit bei Zurückweisung des Gesuchs durch Beschuß . . . . .	406

(aa) Meinungsstand zur Anwendbarkeit des § 91 ZPO bei Zurückweisung durch Beschuß . . . . .	407
(bb) Bedeutung des § 922 III ZPO für die Erstattungsfähigkeit von Schutzschriftkosten . . . . .	408
(2) Zur Anwendung des § 269 III 2 ZPO . . . . .	409
b) Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast . . . . .	410
aa) Meinungsstand . . . . .	410
bb) Fehlen einer vertieften dogmatischen Auseinandersetzung . . . . .	412
cc) Unterscheidung nach dem Grad der Gegnerbenachteiligung im Eilverfahren . . . . .	413
(1) Zweiseitiges Eilverfahren . . . . .	413
(a) Bedeutung von Maß und Mittel der Glaubhaftmachung für die Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast . . . . .	413
(aa) Darlegungslast . . . . .	414
(bb) Glaubhaftmachungslast . . . . .	414
(b) Bedeutung des rechtlichen Gehörs im zweiseitigen Eilverfahren für die Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast . . . . .	415
(aa) Qualität des rechtlichen Gehörs im zweiseitigen Eilverfahren . . . . .	415
(bb) Voraussetzungen für die Zweiseitigkeit des Eilverfahrens	416
(2) Einseitiges Eilverfahren . . . . .	417
(a) Berücksichtigung der dem Gegner günstigen unstreitigen Tatsachen . . . . .	418
(b) Darlegungs- und Glaubhaftmachungslast hinsichtlich der dem Gegner günstigen Tatsachen . . . . .	419
(aa) Hinweise auf Einreden und Gestaltungsrechte . . . . .	420
(bb) Hinweise auf Einwendungen . . . . .	421
(cc) Keinerlei Hinweise auf Tatsachen zugunsten des Gegners . . . . .	422

### Dritter Teil

#### Besonderheiten des einstweiligen Rechtsschutzes im arbeitsgerichtlichen Verfahren

§ 11 Charakteristische Abweichungen des Arbeitsgerichtsgesetzes von der Zivilprozeßordnung . . . . .	426
I. Trennung zwischen Urteils- und Beschußverfahren . . . . .	426
II. Allgemeine Abweichungen vom Zivilprozeß . . . . .	427
1. Verfahrensbeschleunigung . . . . .	428
2. Mitwirkung ehrenamtlicher Richter . . . . .	429
3. Kosten . . . . .	430
4. Arbeitnehmerschutz, Güteverhandlung . . . . .	431
§ 12 Der einstweilige Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren . . . . .	432
I. Arten des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	432
II. Allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit und die Begründetheit des Gesuchs . . . . .	433

1. Zulässigkeit des Gesuchs . . . . .	433
2. Begründetheit des Gesuchs . . . . .	435
III. Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund in typischen Fallgruppen . . . . .	435
1. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erholungs- und Bildungsurlaub . . . . .	436
a) Verfügungsansprüche . . . . .	436
b) Verfügungsgrund . . . . .	437
2. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Arbeitspapieren . . . . .	438
a) Verfügungsanspruch . . . . .	439
b) Verfügungsgrund . . . . .	439
3. Einstweiliger Rechtsschutz zur Durchsetzung des allgemeinen (Weiter-)Beschäftigungsanspruchs . . . . .	440
a) Verfügungsanspruch . . . . .	441
aa) Beschäftigungsanspruch im ungekündigten Arbeitsverhältnis . . . . .	441
bb) Weiterbeschäftigteanspruch im gekündigten Arbeitsverhältnis . . . . .	442
(1) Rechtzeitige Erhebung der Kündigungsschutzklage . . . . .	442
(2) Interessenabwägung . . . . .	442
(a) Grundsatz . . . . .	442
(b) Eindeutigkeit der Rechtslage . . . . .	443
(c) Instanzgerichtliches Urteil im Kündigungsschutzprozeß . . . . .	444
(d) Selbstwiderlegung . . . . .	444
(3) Folgen für die Glaubhaftmachung des Verfügungsanspruchs . . . . .	445
b) Verfügungsground . . . . .	446
aa) Notwendigkeit . . . . .	446
bb) Interessenabwägung . . . . .	447
4. Einstweilige Durchsetzung des besonderen Weiterbeschäftigungs- anspruchs gem. § 102 V 1 BetrVG und gem. § 78a II BetrVG . . . . .	448
a) Verfügungsanspruch . . . . .	449
b) Verfügungsground . . . . .	450
5. Einstweilige Entbindung von der Pflicht zur Weiterbeschäftigung gem. § 102 V 2 BetrVG und gem. § 78a IV BetrVG . . . . .	450
a) Verfügungsanspruch . . . . .	451
b) Verfügungsground . . . . .	451
6. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Wettbewerbsverboten . . . . .	453
a) Verfügungsanspruch . . . . .	453
b) Verfügungsground . . . . .	454
7. Anspruch auf Erfüllung der Arbeitspflicht . . . . .	454
a) Verfügungsanspruch . . . . .	455
b) Verfügungsground . . . . .	456
8. Anspruch auf Zahlung der Vergütung . . . . .	456
a) Verfügungsanspruch . . . . .	457
b) Verfügungsground . . . . .	457
9. Einstweiliger Rechtsschutz im Arbeitskampfrecht . . . . .	460
a) Verfügungsansprüche . . . . .	460
aa) Ansprüche des Arbeitgebers gegen die Gewerkschaft, die örtliche Streikleitung und einzelne Streikposten . . . . .	461
bb) Ansprüche des Arbeitgebers gegen einzelne Arbeitnehmer . . . . .	463
cc) Ansprüche des Arbeitgeberverbandes . . . . .	464
b) Eignung des einstweiligen Rechtsschutzes zur Durchsetzung arbeitskampfbezoogener Ansprüche . . . . .	465

aa) Forderungen nach einer Einschränkung des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	466
bb) Bedenken gegen ein besonderes Arbeitskampfverfügungsrecht . . . . .	467
(1) Bedeutung des Art. 9 III GG für die Zulässigkeit einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	468
(2) Notwendige Rechtsfortbildung und einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	469
cc) Gemeinsame Grundsätze für alle arbeitskampfbezogenen Verfügungsansprüche . . . . .	470
c) Verfügbungsgrund . . . . .	470
aa) Notwendigkeit der Unterlassungsverfügung . . . . .	471
bb) Interessenabwägung . . . . .	472
(1) Eindeutigkeit der Rechtslage . . . . .	473
(2) Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Parteien . . . . .	475
<b>IV. Verfahrensrechtliche Besonderheiten im Eilverfahren . . . . .</b>	<b>477</b>
1. Verfahrensbeschleunigende Besonderheiten des Eilverfahrens . . . . .	477
a) Zuständigkeit des Amtsgerichts der belegenen Sache . . . . .	477
aa) Rechtslage bis zum 31. 12. 1990 . . . . .	478
(1) Begründung für die Anwendbarkeit der §§ 919, 942 ZPO . . . . .	478
(2) Weitere Rechtsfolgen bei einer Zuständigkeit des Amtsgerichts der belegenen Sache . . . . .	479
bb) Rechtslage seit dem 1.1.1991 . . . . .	480
(1) Änderungen des GVG und des ArbGG durch das 4. VwGO-Änderungsgesetz . . . . .	480
(2) Bedeutung des 4. VwGO-Änderungsgesetzes für das Verhältnis zwischen der Zivil- und der Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	480
b) Eilkompetenz des Vorsitzenden im arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahren . . . . .	482
c) Kurzfristige Terminierung der mündlichen Verhandlung . . . . .	484
d) Zur Bedeutung des obligatorischen Güteverfahrens für den einstweiligen Rechtsschutz . . . . .	485
e) Zeitlicher Vorrang des Eilverfahrens vor anderen Verfahren . . . . .	485
aa) Bedeutung des § 61a ArbGG für Eilverfahren in Kündigungssachen . . . . .	486
bb) Bedeutung des § 61a ArbGG für Eilverfahren in anderen als Kündigungssachen . . . . .	486
f) Verzicht auf mündliche Verhandlung . . . . .	486
g) Möglichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	488
h) Inhalt der Entscheidung . . . . .	488
i) Überlegungen zur Zuständigkeit des Bundesarbeitsgerichts im Arbeitskampfrecht . . . . .	489
aa) Revisionsentscheidung oder Rechtsentscheid durch das Bundesarbeitsgericht . . . . .	489
bb) Alleinzuständigkeit des Bundesarbeitsgerichts . . . . .	491
j) Beschleunigtes Vollziehungsverfahren . . . . .	492
2. Kompensatorische Regelungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	493
a) Schadensersatz gem. § 945 ZPO . . . . .	493
aa) Zuständigkeit . . . . .	493
bb) Schadensersatzanspruch nach einstweiliger Weiterbeschäftigung oder Entbindung von der Weiterbeschäftigung . . . . .	494
cc) Umfang des Schadensersatzanspruches . . . . .	496
b) Sicherheitsleistung (§§ 921 II 2, 939 ZPO) und Lösungssumme (§ 923 ZPO) . . . . .	496

c) Einstweilige Einstellung der Vollziehung nach der Einlegung von Rechtsbehelfen (§§ 707, 719, 924 III 2 ZPO) . . . . .	497
d) Schriftschrift . . . . .	498
§ 13 Der einstweilige Rechtsschutz im arbeitsgerichtlichen Beschlußverfahren . . . . .	499
I. Arten des einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	499
1. Zulässigkeit des Arrestes . . . . .	500
2. Grenzen der Zulässigkeit von einstweiligen Verfügungen . . . . .	501
a) §§ 99 - 101 BetrVG . . . . .	501
b) § 98 V BetrVG . . . . .	503
c) § 104 BetrVG . . . . .	503
d) § 23 III BetrVG . . . . .	504
aa) Vergleich zwischen § 23 III BetrVG und den §§ 101, 98 V und 104 BetrVG . . . . .	505
bb) Zum Sanktionsrahmen des § 23 III BetrVG . . . . .	506
cc) Zum Charakter des § 23 III BetrVG als Anspruchsgrundlage . . . . .	507
e) § 103 BetrVG . . . . .	508
f) § 76 II 2 BetrVG i.V.m. § 98 ArbGG . . . . .	509
g) Zusammensetzung betriebsverfassungsrechtlicher Organe . . . . .	510
h) § 97 ArbGG . . . . .	511
II. Allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit und die Begründetheit des Gesuchs . . . . .	512
1. Zulässigkeit des Gesuchs . . . . .	512
a) Ordnungsmäßiges Gesuch und Beteiligtenfähigkeit . . . . .	512
b) Antragsbefugnis . . . . .	512
c) Prozeßhindernde Einreden . . . . .	513
2. Begründetheit des Gesuchs . . . . .	513
a) Verfügungsanspruch . . . . .	514
b) Verfügungsgrund . . . . .	514
aa) Vollstreckbarkeit erst nach Rechtskraft . . . . .	514
bb) Besonderheiten bei der Interessenabwägung . . . . .	516
III. Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund in typischen Fallgruppen . . . . .	517
1. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Betriebsratswahlen . . . . .	517
a) Notwendigkeit eines rechtzeitigen gerichtlichen Rechtsschutzes . . . . .	518
b) Verfügungsansprüche . . . . .	519
aa) Anspruch des Arbeitgebers . . . . .	519
bb) Anspruch einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft . . . . .	520
cc) Anspruch des einzelnen Arbeitnehmers . . . . .	521
c) Möglicher Inhalt der einstweiligen Verfügung . . . . .	521
d) Verfügungsgrund . . . . .	523
aa) Notwendigkeit i.S.d. § 940 ZPO . . . . .	523
bb) Interessenabwägung . . . . .	524
2. Verschiebung oder Untersagung einer Betriebsversammlung . . . . .	524
a) Verfügungsanspruch des Arbeitgebers . . . . .	525
b) Verfügungsgrund . . . . .	526
3. Zutritt von Gewerkschaftsbeauftragten zum Betrieb . . . . .	526
a) Verfügungsanspruch einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft . . . . .	527
b) Verfügungsgrund . . . . .	528

4. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Amtsausübung eines Betriebsratsmitglieds . . . . .	528
a) Verfügungsansprüche . . . . .	529
aa) Anspruch des Arbeitgebers . . . . .	529
bb) Anspruch des Betriebsratsmitglieds . . . . .	530
(1) Fristlose Kündigung mit Zustimmung des Betriebsrats . . . . .	530
(2) Offensichtlich unwirksame Kündigung . . . . .	531
(3) Ausschlußverfahren und Zustimmungsersetzungsverfahren . . . . .	532
b) Verfügungsgrund . . . . .	532
aa) Notwendigkeit . . . . .	532
bb) Interessenabwägung . . . . .	532
5. Einstweiliger Rechtsschutz zur Ermöglichung der Betriebsratstätigkeit . . . . .	533
6. Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit Schulungs- veranstaltungen . . . . .	534
a) Verfügungsansprüche des einzelnen Betriebsratsmitglieds und des Betriebsrats . . . . .	534
aa) Inhaber des Teilnahmerechts . . . . .	535
bb) Zur Zulässigkeit einstweiligen Rechtsschutzes . . . . .	535
b) Verfügungsanspruch des Arbeitgebers . . . . .	538
7. Einstweiliger Rechtsschutz zur Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats . . . . .	539
a) Soziale Angelegenheiten . . . . .	540
aa) Recht auf Mitbestimmung . . . . .	540
bb) Recht auf Verhandlung . . . . .	541
cc) Recht auf Anrufung der Einigungsstelle . . . . .	542
dd) Recht auf Regelung durch die Einigungsstelle . . . . .	542
(1) Zur Klagbarkeit des Rechts auf Regelung . . . . .	543
(2) Zur Frage nach einstweiligem Rechtsschutz durch die Einigungsstelle . . . . .	544
ee) Anspruch auf Durchführung oder Untersagung der Durchführung des Einigungsstellenspruchs . . . . .	545
ff) Anspruch auf Unterlassung mitbestimmungswidriger Maßnahmen . . . . .	546
(1) Allgemeiner Unterlassungsanspruch . . . . .	547
(a) Zur angeblichen Sperrwirkung des § 23 III BetrVG . . . . .	547
(aa) Zur möglichen Bedeutung des § 23 III BetrVG im Falle eines anderweitigen Unterlassungsanspruchs . . . . .	549
(bb) Zum möglichen Sinn des beschränkten Sanktionsrahmens . . . . .	550
(cc) Bedeutung des § 23 III BetrVG neben den besonders geregelten Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen . . . . .	551
(b) Mögliche Anspruchsgrundlagen für einen allgemeinen Unterlassungsanspruch . . . . .	552
(aa) § 78 S. 1 BetrVG . . . . .	553
(bb) § 74 II 2 BetrVG . . . . .	554
(cc) § 2 I BetrVG . . . . .	555
(dd) §§ 1004, 823 II BGB i.V.m. § 78 S. 1 BetrVG . . . . .	556
(ee) § 87 I BetrVG/Gesetzliches Schuldverhältnis . . . . .	557
(c) Zusammenfassung der Bedenken gegen einen allgemeinen Unterlassungsanspruch . . . . .	558
(2) § 23 III 1 BetrVG als Rechtsgrundlage für einen besonderen Unterlassungsanspruch . . . . .	560

(a) Zur Bedeutung des § 23 III 1 BetrVG als betriebsverfassungsrechtliche Anspruchsgrundlage . . . . .	560
(b) Voraussetzungen des § 23 III 1 BetrVG . . . . .	561
b) Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung . . . . .	562
aa) Unterrichtungs- und Beratungsanspruch . . . . .	563
bb) Ausschluß eines Unterlassungsanspruchs . . . . .	563
c) Personelle Angelegenheiten . . . . .	565
aa) Allgemeine personelle Angelegenheiten . . . . .	565
(1) Personalplanung (§ 92 BetrVG) . . . . .	565
(2) Stellenausschreibung (§ 93 BetrVG) . . . . .	566
(3) Personalfragebogen, Beurteilungsgrundsätze (§ 94 BetrVG) . . . . .	566
(4) Auswahlrichtlinien (§ 95 BetrVG) . . . . .	567
bb) Angelegenheiten der Berufsbildung . . . . .	568
cc) Personelle Einzelmaßnahmen . . . . .	569
d) Wirtschaftliche Angelegenheiten . . . . .	571
aa) Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses (§ 106 II BetrVG) . . . . .	571
bb) Unterrichtungs- und Beratungsrecht bei Betriebsänderungen und Recht auf Verhandlung über Interessenausgleich . . . . .	572
(1) Zur Untersagung einseitiger Maßnahmen bis zum Abschluß der Interessenausgleichsverhandlungen . . . . .	573
(2) Zur Durchsetzbarkeit des Unterrichtungs-, Beratungs- und Verhandlungsrechts . . . . .	575
cc) Recht auf Vereinbarung eines Sozialplanes . . . . .	577
<b>IV. Verfahrensrechtliche Besonderheiten im Eilverfahren . . . . .</b>	<b>578</b>
1. Verfahrensbeschleunigende Besonderheiten des Eilverfahrens . . . . .	578
a) Zuständigkeit des Amtsgerichts der belegenen Sache . . . . .	578
b) Eilkompetenz des Vorsitzenden im arbeitsgerichtlichen Beschlußverfahren . . . . .	579
aa) Meinungsstand zur Anwendbarkeit des § 944 ZPO . . . . .	580
bb) Wortlaut und Zweck des § 85 II 2 ArbGG . . . . .	581
c) Verzicht auf mündliche Verhandlung . . . . .	582
aa) Einschränkung des richterlichen Ermessens . . . . .	582
bb) Zurückweisung des Antrags ohne mündliche Verhandlung . . . . .	583
(1) Rechtslage bis zum Inkrafttreten des Rechtspflege-Vereinfachungsgesetzes am 1. 4. 1991 . . . . .	583
(2) Rechtslage seit dem 1. 4. 1991 . . . . .	584
d) Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzen für die Notwendigkeit einer schlüssigen Darlegung . . . . .	585
e) Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzen für die Möglichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	586
aa) Mittel der Glaubhaftmachung . . . . .	586
bb) Herabsetzung des Beweismaßes . . . . .	587
cc) Zu ermittelnde Tatsachen . . . . .	587
dd) Glaubhaftmachungslast . . . . .	588
ee) Entbehrlichkeit der Glaubhaftmachung . . . . .	588
f) Konzentration auf einen Verhandlungstermin . . . . .	588
g) Entscheidung . . . . .	589
aa) Verfahrensbeschleunigung . . . . .	589
bb) Gegnerüberraschung . . . . .	589
h) Ausschluß der Zurückverweisung im Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	590
2. Kompensatorische Regelungen zugunsten des Antragsgegners . . . . .	591
a) Ausschluß des § 945 ZPO . . . . .	591

b) Sicherheitsleistung nach § 921 II 2 ZPO . . . . .	592
c) Lösungssumme nach § 923 ZPO und Sicherheitsleistung nach § 939 ZPO . . . . .	593
d) Rechtsbehelfe des gegnerischen Beteiligten im Beschlußverfahren . . . . .	593
aa) Rechtsbehelfe nach dem Arbeitsgerichtsgesetz . . . . .	593
bb) Rechtsbehelfe nach der Zivilprozeßordnung . . . . .	594
cc) Wirkung der Aufhebungentscheidung im Rechtsbehelfsverfahren . .	595
e) Einhaltung der Vollziehungsfrist bei Unterlassungsverfügungen . . . . .	595
f) Schutzschrift . . . . .	596
 Anhang	
Statistisches Material zur Anzahl und Dauer der ordentlichen Verfahren und zur Anzahl der Eilverfahren in der Zivil- und der Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	599
 Literatur . . . . .	631
Gesetzesregister . . . . .	651
Sachregister . . . . .	661